



**Rede von**  
**Guido van den Berg MdL**

**zum Antrag:**

**„Landesförderung von Atomkraftwerken einstellen –  
Eigentümer in die Pflicht nehmen“**

**der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/4592**

**am Mittwoch, 18. Dezember 2013  
im Landtag von Nordrhein-Westfalen  
in Düsseldorf  
(in APr 16/46)**

[www.guido-vandenberg.de](http://www.guido-vandenberg.de)

**Guido van den Berg (SPD):** Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man so einen Antiatomantrag liest, dann kommen bei mir sofort die Reflexe aus der Schülerzeit wieder auf. Sie werden in meiner Biografie auch feststellen können, dass ich mich damals ...

(**Thomas Kufen [CDU]:** Jetzt geht es aber ganz weit in die Vergangenheit!)

– Ich habe mich damals auch dort hingestellt und dagegen demonstriert. Heute muss man sich das aber ein bisschen genauer anschauen. Nur von der Atomlobby und von den Großen, die unterwegs seien, zu sprechen, Herr Kollege Schulz, ist, glaube ich, ...

(Zuruf von **Dietmar Schulz [PIRATEN]**)

– Sie haben ein paar Namen aufgelistet, andere weggelassen. Das passt an der Stelle eben nicht. Man merkt, da sind viele mit unterschiedlichen Interessen unterwegs.

Wenn man sich damit intensiver befasst, dann stellt man fest, es gab gar nicht so sehr die Atomlobby, sondern es gab die Leichtwasserreaktorbefürworter gegen die Hochtemperaturbefürworter. Da gab es die Kugelhaufenfreaks gegen die, die andere Brennstoffarten bevorzugt haben. Das war also ein wildes Durcheinander.

Das Interessante ist, sich einmal anzugucken, woher das Ganze eigentlich kommt. Es war schon in den 60er-Jahren so, dass über Parteigrenzen hinweg fast alle geglaubt haben, dass das eine hochmoderne Reaktorlinie ist, die man in diesem Land ausprobieren sollte. Die Argumente waren, dass im Gegensatz zu Leichtwasserreaktoren dort keine Kernschmelze vorkommen könnte. Man prägte sogar den Begriff, dass dieser Reaktortyp inhärent sicher sei.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege van den Berg, der Kollege Schulz würde gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie diese zu?

**Guido van den Berg (SPD):** Immer gerne.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Schulz, bitte schön.

**Dietmar Schulz (PIRATEN):** Vielen Dank, Herr Kollege van den Berg, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie sprachen gerade von der Atomlobby. Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich meine Ausführungen nicht auf die Atomlobby, sondern auf Unternehmungen der Energiewirtschaft bezogen haben, von denen ich drei genannt habe?

Sind Sie darüber hinaus bereit und in der Lage, aufzuzeigen, welche Gesellschafter im Einzelnen, wenn ich welche vergessen habe, noch dazukommen, die Gesellschafter der HKG GmbH, nämlich der Betreibergesellschaft bezüglich des Atomreaktors in Hamm-Uentrop, sind?

**Guido van den Berg (SPD):** Herr Schulz, die Fragen will ich gerne beantworten. Das sind zum Beispiel die Stadtwerke Aachen, 5 %, das sind die Gemeinschaftswerke Hattingen mit 12 %. Dahinter verbirgt sich die Wuppertaler Energie AG, auch RWE

Power; das ist richtig. Weitere sind die Gemeinschaftswerke Weser GmbH, die Stadtwerke Bielefeld, die Stadtwerke Hagen, die Stadt Lüdenscheid, die sich hinter dieser Tochter der Südwestfalen AG verbergen. Sie sehen, es ist nicht nur so, dass da Große unterwegs waren, sondern viele mittlere und auch kleinere Stadtwerke. Deswegen zeigte ich ja die Linie auf, woher das Ganze in den 60er-Jahren kommt.

**(Gordan Dudas [SPD]: Kommunalfeinde!)**

Es war der Glaube damals, dass man solche Kugelhaufenreaktoren bauen könnte und dass diese Technik so sicher sei, Herr Kollege Schulz, dass man in jeder Stadt so einen kleinen Reaktor hinstellen kann. Das war der Trugschluss dieser Zeit. Denn es hat sich ja sehr schnell gezeigt, dass das eben nicht so ist, sondern dass diese Technik ihre ganz eigenen und dramatischen Probleme hat. Das hat man sowohl beim Kraftwerk in Hamm-Uentrop als auch beim AVR in Jülich gesehen, welche Gefahren sich dahinter verbergen.

Aber damals war es eben nicht so. Ich gebe zu, meine eigene Partei, die SPD, hat 1956 ein Atomprogramm aufgelegt und dies auf dem Parteitag beschlossen. Die Erkenntnis, dass dies keine in die Zukunft gerichtete Technik ist, hatten die Grünen sehr viel früher. In den 80er-Jahren kam diese Auffassung auch bei der SPD zum Durchbruch.

Ich glaube, diese Technikgläubigkeit war das Problem, das man seinerzeit hatte. Als ich den AVR in Jülich besucht habe, habe ich eine Festschrift in die Hand bekommen, in der dieser Reaktor dargestellt wurde. Da konnten Sie auf vielen bunten Seiten mit vielen Bildern nachlesen, wer das damals besucht hat. Damals war der Bundesminister Stoltenberg da. Er ist in dieser Festschrift mit einem großen Foto abgebildet. Da war aber auch der damalige Bundespräsident Heinemann, der das gut fand. Den Schah von Persien konnten Sie auf Fotos sehen. Die haben sich das alles angeguckt. Die Gefahren, die in diesen Prototypen lagen, wurden damals nicht in der Form gesehen. Wir haben 1978 den großen Störfall beim AVR in Jülich gehabt, bei dem 30.000 Liter Wasser in den Reaktorkern eingedrungen und die Temperaturen dramatisch angestiegen sind, Gott sei Dank nicht so, dass es zum Super-Gau gekommen ist, aber wir standen kurz davor.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege van den Berg, der Kollege Schmalenbach möchte Ihnen auch gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie diese zu?

**Guido van den Berg (SPD):** Aber immer gerne.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Schmalenbach, bitte schön.

**Kai Schmalenbach (PIRATEN):** Vielen Dank, Herr Kollege van den Berg. – Ich lerne immer gerne dazu, ich mag auch Geschichte, aber würden Sie mir den Gefallen tun, auch noch etwas zum Antrag zu sagen?

**Guido van den Berg (SPD):** Ja, sicher, aber Ihre Zwischenfrage bezog sich ja darauf. Sie fragten nach den Gesellschaftern. Das kam, Kollege Schmalenbach, dadurch zustande, dass in den 60er-Jahren ein Glaube an diese Technologie bestand und sich dort Gesellschafter wie kleinere und mittlere Stadtwerke auf den

Weg gemacht haben, die da investiert haben. Es ist nicht so, als ob gerade die RWEs oder andere dieser Welt das große Geld bewegt hätten, sondern es war der Staat, der das mit enormen Zuschüssen, mit enormen Fördermitteln befördert und diese Technologie dort auf die Beine gestellt hat.

Um in die aktuelle Zeit zu kommen, Kollege Schmalenbach, in der Regierungszeit von Herrn Rüttgers gab es hier im Hause noch Fraktionen, die geglaubt haben, dass noch eine Renaissance dieser Technik kommen würde. Die damalige Wirtschaftsministerin Christa Thoben hat am 9. Mai 2006 in Berlin verkündet – ich zitiere –:

„Wir haben uns, nach meiner Überzeugung in einer Kurzschlussreaktion, aus der THTR-Technik verabschiedet. Dieser Ausstieg war ein Fehler! Heute wird diese Technik in Südafrika und China angewandt.“

Herr Schmalenbach, man hat noch geglaubt, man könnte das Ganze noch mal verkaufen und neue Reaktortypen, in die Welt – nach Südafrika, nach China – bringen, obwohl man zu dem Zeitpunkt schon um die Gefahren wusste.

Heute sind wir – Gott sei Dank – einen Schritt weiter und müssen uns der Frage stellen: Wie gehen wir damit weiter um? Ich glaube, es ist falsch, die Feindbilder bedienen zu wollen, die Sie eben bedient haben. Kollege Schulz hat ganz explizit Namen aufgelistet, und es sind sehr viel mehr dabei gewesen: sehr viel mehr Stadtwerke und andere. Wir werden wohl nicht drum herumkommen, bei einem solchen Reaktor, der für Versuchszwecke konstruiert war, auch als Staat diesen Prozess weiter zu begleiten. Es ist eine hochkomplizierte Maßnahme.

Wir haben in Hamm-Uentrop die Situation, erst einmal weiter einen sicheren Einschluss gewährleisten zu müssen. Dazu dienen die aktuell in Rede stehenden Ergänzungen der Vertragswerke, die Sie auch im Ausschuss hinterfragt haben. Dazu gibt es auch diverse kleine Anfragen. In Jülich sind wir sogar ein Stück weit schon beim Rückbau – ich habe mir die Anlage angeschaut –; aber damit ist das Problem mitnichten gelöst. Denn dieser Reaktor wird erst einmal in eine Halle geschoben und soll dort über Jahrzehnte abklingen. Das macht deutlich, wie kompliziert diese Angelegenheit letztlich ist und wie sehr wir daran arbeiten müssen, dort ein langfristig vernünftiges Konzept aufzusetzen.

Deswegen kann man nicht von einer Landesförderung für Atomkraft sprechen, wie Sie es in Ihrem Antrag tun. Denn wir haben uns klar von der Atomenergie verabschiedet, und diese rot-grüne Landesregierung tut das auch mit Vehemenz. Auf der anderen Seite darf man nicht die Augen zumachen und sagen: Das halten wir alles für schlecht, und deswegen haben wir nichts damit zu tun. Vielmehr muss sich verantwortliche Politik jetzt auch darum kümmern, gemeinschaftlich einen Weg aufzuzeigen, wie der sichere Einschluss, der Rückbau und am Schluss auch irgendwann die Entsorgung stattfinden kann.

**(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Warum sollen wir zahlen?)**

Deswegen macht das Finanzministerium etwas ganz Vernünftiges, Herr Schulz, es überprüft, wie unsere rechtliche Position in diesem Zusammenhang aussieht, damit am Ende möglichst wenige Lasten auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler

zukommen. Aber so zu tun, als ob wir alle in der Politik damit nichts zu tun gehabt hätten, bedeutet, die Augen zu verschließen und die Entstehungsgeschichte nicht zu betrachten, wie es dazu kommen konnte, dass diese Technologie – ich sage das in der Nachbetrachtung – blind einen solchen Stellenwert gewinnen konnte. – Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege van den Berg, wenn Sie noch einen kurzen Moment hier vorne verweilen würden. Die Piraten möchten offensichtlich noch ein bisschen weiter diskutieren. Kollege Schmalenbach hat eine Kurzintervention angemeldet und hat dafür 90 Sekunden Zeit. Sie haben, wie gewohnt, 90 Sekunden, um darauf zu erwidern. – Bitte schön, Herr Kollege Schmalenbach.

**Kai Schmalenbach (PIRATEN):** Abermals vielen Dank, Herr van den Berg, für die Geschichtsstunde. – Mich freut es, wie gesagt, immer, etwas dazulernen. Aber wir haben an der Stelle ein Verständnisproblem. Sie reden die ganze Zeit von Feindbildern. Die einzige Frage, die für uns im Raum steht – wir haben in den letzten 50 Jahren eine massive Subventionierung von Atomenergie hingenommen; jetzt haben wir ein Ding, das gefault ist –: Ist der Bürger für die Finanzierung heranzuziehen oder müssen das die Unternehmen, die es gestartet haben, tun?

**Guido van den Berg (SPD):** Herr Schmalenbach, es ist beides. Einerseits müssen wir versuchen, die Unternehmen, die wir noch greifen können, in die Mitverantwortung zu nehmen. Das passiert in Form des gesellschaftlichen Vertragswerks, das im Augenblick in Rede ist, und der Ergänzungen – ganz klar. Ich weiß nicht, Herr Schmalenbach, wie Sie Gesellschaftern, die ausgeschieden sind, noch habhaft werden wollen.

Ich nehme als Beispiel die Stadtwerke Bremen. Als Hamm-Uentrop gebaut wurde und die ersten Probleme auftraten, hatten die Stadtwerke Bremen einen Anteil von 5 %. Den haben sie für 1 DM symbolisch weiterverkauft an die VEW. Glauben Sie, dass Sie die noch irgendwie gesellschaftlich greifen können? Ich glaube das nicht. Vielmehr glaube ich, wenn man sich dem Thema realistisch nähert, wird es weiter eine staatliche Verantwortung geben, einerseits bedingt durch die Gesellschaftsanteile, aber auch, weil wir – nicht wir in Person, weder Sie noch ich, aber die Politik und die damals Verantwortlichen, das Land, der Bund – diese Technologie damals massiv mit auf die Strecke geschickt haben. Das war ein Fehler. Wir müssen ein Stück weit für diese Probleme und die finanziellen Folgen geradestehen. Das gehört, glaube ich, zur Redlichkeit von Politik dazu. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege van den Berg. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Kufen.